

# DRINGLICHE MOTION

**Urheber** UDC, durch Bruno Perroud  
**Gegenstand** Schaffung eines Unterstützungsfonds für die Landwirtschaft  
**Datum** 08.05.2017  
**Nummer** 3.0312

---

## **Aktualität des Ereignisses**

Die Walliser Landwirtschaft hat Mitte April 2017 unter einer ungewöhnlichen Frostperiode gelitten. Diese hat enorme und für einen Grossteil der Landwirtschaftsbetriebe besorgniserregende Schäden angerichtet, die gegenwärtig noch schwierig zu beziffern sind.

## **Unvorhersehbarkeit**

Das verheerende Ausmass der Schäden für die Landwirtschaft war unvorhersehbar. Auf 5'000 Hektar Reben müssen beispielsweise 1'000 Hektar neu bepflanzt werden.

## **Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme**

Es muss rasch ein Fonds für die Landwirtschaft genehmigt werden, um ihn ins Budget 2018 aufnehmen zu können und den Landwirtschaftssektor ab dem nächsten Jahr entsprechend finanziell zu unterstützen.

## Zunahme von Elementarschäden

Die Walliser Landwirtschaft macht gegenwärtig eine schwere Zeit durch. Der Jahrgang 2017 wird für die Winzer zur vierten geringen Ernte in Folge. Nach der Kirschessigfliege macht ihnen nun ein nie zuvor gesehener Frühlingsfrost zu schaffen und die Goldgelbe Vergilbung scheint auch bereits vor der Tür zu stehen...

Auch die Kirsch- und Aprikosenproduzenten wurden von der Kirschessigfliege und dem Frühlingsfrost nicht verschont.

Diese Ereignisse beeinträchtigen 22'000 Rebbesitzer und über 350 Betriebe im Obst- und Gemüsektor mit einem jährlichen Umsatz von über CHF 440 Mio., der folgendermassen aufgeteilt ist: CHF 371 Mio. für die Weinwirtschaft und CHF 70 Mio. für den Obst- und Gemüsektor.

Wie kann dieser Wirtschaftssektor, der die Landesversorgung, die Landschaftspflege und die Verbindung zum Tourismus gewährleistet, unterstützt werden? Eine nachhaltige Massnahme könnte die Schaffung eines Fonds für diesen Sektor sein, wie das vom Parlament bereits für den Tourismus umgesetzt wurde.

## Ein finanzielles Polster

2011 hat der Staatsrat den Fonds zur Finanzierung der Infrastrukturgrossprojekte des 21. Jahrhunderts geschaffen. Ziel: «Der Zweck zur Einrichtung dieses Fonds besteht darin, die grossen Bedürfnisse unseres Kantons in geeigneter Weise zu decken. Langfristig gesehen geht es darum, mit gesunden Finanzen die harmonische und nachhaltige Entwicklung des Kantons in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Sozialwesen, Umwelt und Kultur zu gewährleisten und zu verstärken. Mit der Einrichtung eines Fonds zur Regelung der Finanzierung der Infrastrukturgrossprojekte will der Staatsrat die Herausforderungen des XXI. Jahrhunderts angehen, insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr und neue Technologien.» (Botschaft zur Finanzierung der Infrastrukturgrossprojekte des XXI. Jahrhunderts, Seite 1).

Mit diesem Fonds wurde die Ansiedlung der EPFL sowie im Jahr 2017 die neue Informatikstrategie (mit CHF 90 Mio.) unterstützt.

Im Jahr 2015 wurde ein kantonaler Tourismusfonds mit CHF 50 Mio. zur Unterstützung dieses sich in einer schwierigen Lage befindenden Sektors geschaffen.

Damit wird jeweils Folgendes bezweckt: die Beibehaltung dieser Tätigkeitsbereiche im Wallis sowie die Beibehaltung von Arbeit und Arbeitsplätzen in unserem Kanton.

Dementsprechend sollte in Zeiten der Not auch der Landwirtschaftssektor von der kantonalen Solidarität profitieren können, indem ein entsprechender Fonds geschaffen wird. Dieser Fonds soll folgenden Anforderungen gerecht werden:

- unmittelbare Bedürfnisse (z. B. der Aprikosenproduzenten)

- mittelfristige Bedürfnisse (z. B. der Winzer)
- langfristige Bedürfnisse der gesamten Branche, durch ein Handlungswerkzeug für den Staatsrat für ausserordentliche Ereignisse

### **Schlussfolgerung**

Mit dieser Motion sollen einerseits die Tätigkeiten und Vorschläge der Landwirtschaft langfristig unterstützt, aber andererseits auch dem Staatsrat ein rasches Handlungswerkzeug eingeräumt werden, um auf die landwirtschaftlichen Problematiken einzugehen, die aufgrund von Klimaveränderungen auch künftig relevant sein werden.

Der Staatsrat und die Partner aus dem Landwirtschaftssektor werden über die Schaffungs- und Verwaltungsmodalitäten diskutieren müssen, bevor sie dem Grossen Rat in Form eines Dekrets – und später als Gesetz gemäss Vorbild des Tourismusfonds – unterbreitet werden.